

Michael Reisser

Entwicklungen in der Pandemie

Was Bibliotheken und die Profession beschäftigen sollte

Publikumsmedien und Sachbuchmarkt werden seit Herbst 2020 mit einer Vielzahl von Prognosen über die Zeit »nach Corona« gefüttert. Dazu gehören empirisch fundierte ökonomische und soziologische Analysen, deren Befunde nicht selten mit dezidierten Vorschlägen und Forderungen an die Politik angereichert wurden. Die Pandemie erscheint so als permanenter Stresstest, der Defizite unseres Gemeinwesens zu Tage fördert, bis hin zu der dystopischen Prophezeiung, Corona sei im Grunde eine schwache Simulation dessen, was uns mit der Klimakatastrophe noch alles an (dann permanenten und tiefer gehenden) Einschränkungen und Entbehrungen bevorsteht.

Prognosen und Wunschenken

Konkret setzten viele Autorinnen und Autoren in ihren Analysen auf aktuellen Entwicklungen wie der durch die Pandemie beförderten Digitalisierung unserer Lebenswelt auf. Andere sehen in Corona entweder ein Fanal für ein anderes (besseres) Leben ohne sinnlosen Konsum und unbegrenzte Mobilität, Ressourcenverschwendung, Konkurrenz- und Effizienzdenken – oder eben das genaue Gegenteil: Die Pandemie sei zweifelslos ein tiefer Einschnitt, doch vom Virus befreit, stehe uns bald, dann sogar im globalen Maßstab, ein Revival der »Roaring Twenties« (»Goldenen Zwanziger«) bevor.

Gleichwohl mutiert das Virus weiter, die Situation bleibt dynamisch und unübersichtlich. Und auf alte Gewissheiten lässt sich nach dem hiesigen Desaster rund um fehlende Masken, Schutzkleidung, Desinfektionsmittel, Impfstoffe und Tests bei fortwährender Bund-Länder-Kakophonie als Grund-Sound der Pandemie sowieso nur noch schwerlich bauen.

Was »danach« wichtig sein könnte

Ein fatalistisches Abwarten, verbunden vielleicht noch mit der trügerischen Hoffnung auf die Rückkehr tradierter beruflicher Alltäglichkeit, kann für die bibliothekarische Profession keine Option sein: Corona mag vielleicht nicht unser Gemeinwesen in Gänze, wird aber doch wichtige Bereiche davon nachhaltig und tiefgreifend verändern. Es erscheint ratsam, für Institutionen und den Berufsstand insgesamt jene Themen zu identifizieren, die mit hoher Wahrscheinlichkeit für die »Zeit danach« wichtig werden könnten.

Dies gilt umso mehr, weil adäquate Antworten – berufsständische Forderungen und Vorschläge an die Politik einerseits,

Strategien und Konzepte für die Praxis andererseits – zeitnah zu entwickeln sind. Wobei »danach« kein Leben ohne Corona meint, weil uns das Virus noch sehr lange begleiten könnte. »Danach« wäre schon eine Situation oder längere zeitliche Perioden, in denen das Virus nicht mehr in dieser Form unsere private, berufliche und öffentliche Lebenswelt dominiert.

Im Folgenden werden nun drei nicht ganz trennscharfe gesellschaftliche Entwicklungen der vergangenen Monate beschrieben, die mit hoher Wahrscheinlichkeit einen nachhaltigen Einfluss auf unsere Einrichtungen ausüben werden und zudem unser professionelles Selbstverständnis berühren.

Befund und These 1: Die bereits begonnene Debatte um die adäquate Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben betrifft nicht nur Gesundheitsämter und Krankenhäuser, sondern unter dem Primat der Digitalisierung den gesamten öffentlichen Sektor einschließlich der Bibliotheken.

Die Pandemie hat vielfältige Defizite insbesondere in staatlichen und kommunalen Einrichtungen sowie insbesondere im Gesundheitswesen und Pflegebereich offenbart. Neben fehlenden oder unzulänglichen rechtlichen Regelungen oder Unklarheiten ihrer Auslegung im Dickicht von Bundes-, Landes- und kommunalen Kompetenzen standen vor allem zwei Themen im Fokus: zum einen die mangelnde Digitalisierung öffentlicher Institutionen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge, zum anderen die defizitäre personelle Ausstattung und Vergütung im Krankenhaussektor und Pflegebereich.

Personal und Infrastruktur als limitierende Faktoren

In der öffentlichen Berichterstattung wurde das Digitalisierungsdefizit durch realsatirische Berichte und viele Statistiken ausgebreitet. Das Telefaxgerät mit Papierstau im leeren Gesundheitsamt nach Dienstschluss steht fast schon sinnbildlich für die Misere, gerne angereichert durch Ländervergleiche zum Stand der Breitbandversorgung oder Anteil von Homeoffice-Arbeitsplätzen. Welche konkreten Erkenntnisse ziehen wir aber nun aus der Tatsache, dass die Datenübertragungsrate in rumänischen Dörfern um ein Vielfaches höher und preisgünstiger ist als hierzulande oder Bundestagsabgeordnete Farbaudrucke noch immer Tage im Voraus anmelden müssen?

Die wohlfeile Forderung nach mehr und umfassender Digitalisierung verstellt nicht nur den Blick auf die Ursachen der Misere. Vielmehr droht uns deren Verstetigung, wenn in naher

Zukunft weitere Milliardenbeträge über den öffentlichen Einrichtungen zur Digitalisierung staatlicher Behörden und kommunaler Institutionen ohne konzeptionell-strategische Fundierung und ohne personelle Aufstockung ausgeschüttet werden sollten.

Woran Digitalisierung bislang scheitert

Der in der Pandemie immer wieder heftig diskutierte »DigitalPakt Schule« zeigt geradezu paradigmatisch das Scheitern einer Digitalisierungsstrategie, die sich fast ausschließlich in der Förderung neuer Endgeräte samt Software-Ausstattung erschöpft. Der Bund hat dieses Digitalisierungsprogramm bislang mit fünf Milliarden Euro Fördergeldern ausgestattet, erweitert um 500 Millionen Euro vonseiten der Länder und aktuell noch einmal um eine Milliarde Euro als Corona-Sonderhilfe.

Neben dem enormen bürokratischen Aufwand bei Antragstellung und Abwicklung einschließlich EU-Vergaberichtlinien scheitert das Gesamtprogramm vor allem an zwei Umständen: Zum einen an der fehlenden Anbindung an ein leistungsstarkes und verlässliches schulisches und öffentliches Netzwerk. Zum anderen am fehlenden Personal, das die Lern-IT installiert, administriert und nicht zuletzt die Lehrkräfte nachhaltig (meint: permanent) schult.

Von den genannten 6,5 Milliarden Euro stehen bundesweit für entsprechende Personalausgaben gerade mal 500 Millionen Euro (weniger als acht Prozent) als gebundene Projektmittel, also nicht dauerhaft, zur Verfügung. Für die Einrichtung schulischer Netzwerke sind praktisch gar keine Mittel vorgesehen – mal abgesehen davon, dass eine Bildungseinrichtung faktisch über keinen gestaltenden Einfluss auf die meist vormoderne externe Dateninfrastruktur verfügt, an die sie vor Ort zwangsweise angebinden ist.

Teaching Library weiter denken

Das Beispiel »DigitalPakt Schule« illustriert eindringlich, dass die Definition einer Aufgabe als wichtig, prioritär und »öffentlich« sowie die Bereitstellung selbst erheblicher finanzieller Mittel allein nicht zielführend sind. Schauen wir also genau hin, wie die »Digitalisierung« im Bildungsbereich weiterhin aufgesetzt werden soll. Ohne qualifiziertes Personal wird es jedenfalls nicht gehen.

Nun verfügen Öffentliche Bibliotheken über genügend Praxiserfahrung in der Bereitstellung digitaler Inhalte sowie in der Vermittlung von Informationskompetenz. Das sollten wir als Profession selbstbewusst in den Fokus stellen, wenn erwartbar in naher Zukunft Digitalisierungsinitiativen verstetigt oder neu aufgelegt werden. Im Rahmen der Kooperationsvereinbarungen des Deutschen Bibliotheksverbandes mit den jeweiligen Kultusministerien und kommunalen Spitzenverbänden haben sich Öffentliche Bibliotheken bereits als verlässliche Bildungspartner erwiesen.

Diese Partnerschaften einfach nur zu revitalisieren und bestehende Programme gegebenenfalls stärker unter dem Primat der Digitalisierung weiterlaufen zu lassen, wird dennoch kaum ausreichen. Unsere Profession muss sich einer Herausforderung stellen, die kaum zu unterschätzen ist: Durch die Pandemie besteht ein enormer Nachholbedarf in der frühkindlichen

und schulischen Bildung, der eine große Sensibilität für die veränderten Bedarfe aufseiten der Schulen und Betreuungseinrichtungen erfordert – und nicht zuletzt für die Situation der Kinder und Jugendlichen selbst.

Befund und These 2: Die Dominanz naturwissenschaftlicher Expertise in der Pandemie hat die Debattenkultur nachhaltig verändert. Die Deutungshoheit in gesellschaftlichen Kontroversen liegt nicht mehr allein im Feld der Sozial- und Geisteswissenschaften. Da öffentliche Diskurse maßgeblich medial geführt werden, bleibt dies nicht ohne Einfluss auf die Bibliotheken.

Die Dominanz von Virologinnen und Virologen, Medizinerinnen und Medizinern sowie Epidemiologinnen und Epidemiologen in politischen Entscheidungsgremien und mittelbar in den Publikumsmedien ist in mehrerlei Hinsicht eine bemerkenswerte Entwicklung: Spröde und komplexe Themen, häufig mit statistisch-mathematischen Bezügen, werden einer interessierten Öffentlichkeit in aller Breite und geduldig erläutert. Politiker/-innen begründen ihre Entscheidungen maßgeblich mit dem Rat dieser Expertinnen und Experten. Und besonders erstaunlich: Naturwissenschaftler/-innen wie Melanie Brinkmann oder Christian Drosten wurden zu Medienstars, mithin zur Projektionsfläche für Sinngebung und Hoffnung, aber auch für beißenden Spott und tiefste Verachtung.

Verunsicherung und Kränkung

Obwohl in vielen Beratungsstäben der Staatskanzleien auch andere Fachdisziplinen aus den Sozial- und Geisteswissenschaften vertreten sind und in vielen Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit rechts-, sozial- oder geisteswissenschaftlicher Ausrichtung die Pandemie ebenfalls erforscht und wissenschaftlich begleitet wird, finden deren Verlautbarungen und Forschungsergebnisse kaum Widerhall in den Publikumsmedien.

Diese Entwicklung bleibt nicht ohne Folgen: Wer in den letzten Wochen und Monaten Wortmeldungen und Medienbeiträge zur Kenntnis genommen hat, die nicht aus dem naturwissenschaftlichen Bereich kamen, konnte im Subtext, mitunter aber auch dezidiert und nicht selten anklagend und empört, eine tiefe Verunsicherung und Kränkung über diese Entwicklung wahrnehmen. Dies schließt die gesamte Publizistik mit ein, exemplarisch sei in diesem Zusammenhang verwiesen auf Artikel und Bücher einflussreicher und bekannter Publizistinnen und Publizisten wie Franziska Augstein, Jan Fleischhauer, Cora Stephan, Samira El Ouassil, Heribert Prantl oder Bettina Gaus.

Gerade im Feld des Feuilletons, der Wirtschaftspublizistik oder im politischen Sachbuch dominierte bislang eine Sicht auf die Welt, deren Erklärung und Interpretation nahezu ausschließlich sozial- oder geisteswissenschaftlich begründet war. Journalistinnen und Journalisten mit dezidiert naturwissenschaftlicher Ausrichtung wie Ranga Yogeshwar oder Mai Thi Nguyen-Kim, die bislang schon Themen mit kulturellen oder gesellschaftspolitischen

Bezügen behandelt haben und deshalb aktuell noch mehr in den Fokus rücken, waren und sind die Ausnahme.

Es erscheint daher durchaus lohnend, tiefer zu ergründen, warum in der Pandemie die feuilletonistische Welterklärung, mithin die bislang vorherrschende kultur-, rechts- und sozialwissenschaftlich begründete Deutungshoheit über die Verhältnisse, kaum eine Rolle spielt.

Kultur versus Natur

Als größte Belastung in der Pandemie wird von vielen Menschen der Verlust des »Alltäglichen« beschrieben. Dieser Alltag findet indes nur selten in der Sphäre der Natur statt. Unsere persönliche Lebenswelt ist überwiegend kulturell geprägt, sodass sich »Kultur« als Gesamtheit all dessen manifestiert, was das Naturwesen Mensch von seiner natürlichen Bedingtheit emanzipiert: angefangen bei Kleidung und Landwirtschaft über Architektur und Verkehrsmitteln bis hin zu kollektiven Errungenschaften wie Demokratie, Handel, Wissenschaft, Telekommunikation, Literatur, Technik, Medizin oder Rechtsprechung. Das alles ist menschengemacht, mithin interpretierbar, verhandelbar und veränderbar.

In der Konsequenz wird »Natur« in einem hoch entwickelten Land wie Deutschland individuell nur noch in zwei Bereichen als existenzielle Erfahrung und Bedrohung wahrgenommen: Zum einen in der Endlichkeit des eigenen Seins durch Unfälle, Krankheit oder körperlichen Verfall, wodurch sich der Mensch nicht wesentlich von den meisten anderen Naturwesen unterscheidet, zum anderen durch extreme Naturphänomene, die massiv in die kulturelle Sphäre eingreifen.

Ob die Pandemie in diesem Sinne wie eine Naturkatastrophe zu qualifizieren ist, was etwa in der verfassungsrechtlichen Bewertung von Gegenmaßnahmen durchaus eine Rolle spielt, erscheint dann eher sekundär. Entscheidend ist vielmehr, dass Corona vornehmlich der Sphäre der Natur zuzurechnen ist, die sich so gar nicht um kulturelle Konventionen und Errungenschaften wie Gesetze, Rechtsprechung oder politische Kompromisse schert. Politik, Verwaltung und Gesundheitswesen müssen aber genau mit dieser Herausforderung umgehen.

Hier herrscht bedauerlicherweise bislang eine große Leerstelle in der öffentlichen und politischen, dabei vornehmlich medial geführten Debatte – konkret in der Frage, wie wir damit umgehen wollen, dass wir als kulturell geprägte Individuen durch eine Pandemie auf unseren Status als Naturwesen zurückgeworfen werden. Hier der Naturwissenschaft allein die Deutungshoheit zu überlassen, birgt ein enormes gesellschaftspolitisches Konfliktpotenzial und zeigt schon Wirkung. Von daher sind problemadäquate Einlassungen und konstruktive Vorschläge vonseiten anderer Wissenschaftsdisziplinen ebenso essenziell wie die künstlerische Reflexion der Entwicklung. Das ist keine leichte Herausforderung, immerhin ist die naturwissenschaftlich-faktensbasierte Argumentation bereits im Alltag angekommen.

Corona weiterhin getrennt entweder als natürliches oder als kulturelles Phänomen zu begreifen, wird kaum neue Impulse bringen und die bestehenden Gräben vertiefen. Um hier

dem naheliegenden Einwand vorzugreifen, das geschilderte Problem sei eher akademischer Natur, weil sich »nach der Pandemie« das Rad einfach wieder zurückdrehen werde, zwei Gedanken: »Nach Corona« wird es absehbar nicht geben, unter Umständen wird das Virus unser ständiger, dann hoffentlich in Schach gehaltener Begleiter. Zweitens steht mit der bereits spürbaren Klimakatastrophe ein weiteres »Naturthema« auf der Tagesordnung, das schon jetzt massiv in die kulturelle Sphäre und menschliche Lebenswelt eingreift und diese künftig sogar wesentlich stärker dominieren könnte als Corona.

All das wird sich in Publikationen online und konventionell widerspiegeln, damit unseren Bestandsaufbau und mittelbar unsere Veranstaltungsarbeit beeinflussen. Es liegt auch und nicht zuletzt an uns, die beschriebene Unwucht zu kompensieren und der kulturellen, juristischen, sozialen oder ökonomischen Perspektive mehr Geltung zu verschaffen. Bibliotheken kommt hier eine wichtige Rolle zu, weil sie wie nur wenige andere Institutionen dazu beitragen können, die sonst weiter zunehmende Ignoranz und Abschottung zu überwinden.

Befund und These 3: In der Corona-Pandemie hat sich vielfach eine tiefgreifende Skepsis oder gar dezidierte Ablehnung der Errungenschaften der Aufklärung offenbart. Diese Entwicklung erfordert dringend eine Selbstvergewisserung hinsichtlich der bibliothekarischen Leitidee der Informationsfreiheit.

Wenn man den Fokus auf die bibliothekarische Profession richtet, wurden in der Pandemie bislang kaum grundlegende Fragen diskutiert. In Fachpublikationen, Blogs, Portalen und Diskussionslisten standen bibliothekspraktische Fragen im Mittelpunkt, etwa Hygienekonzepte, neue und modifizierte Angebote oder organisatorische Fragen der täglichen Arbeit.

»Meinungsvielfalt light« in der Pandemie?

Eine der wenigen Ausnahmen war eine leidenschaftlich geführte Debatte in der Diskussionsliste »Forum ÖB«, ob und welche Corona-Informationsseiten im Web empfohlen werden sollen. Konkret entzündete sich die Diskussion an einem als offene Frage formulierten Beitrag, ob Bibliotheken als Garanten der Informationsfreiheit nicht auch Quellen empfehlen müssten, die die aktuellen Maßnahmen und Strategien der Bundes- und Landesregierungen hinterfragen oder vielleicht sogar gänzlich infrage stellen.

Über den Urheber brach in der Folge eine Flut von Beiträgen herein, deren Tenor sich wie folgt zusammenfassen lässt: Bibliotheken seien die Hüter der Aufklärung – und nach dieser Maßgabe dazu verpflichtet, ausschließlich (!) auf Quellen zu verweisen, die wissenschaftlich abgesicherte Fakten und Handreichungen präsentieren. An diesen Wortmeldungen waren neben ihrer Vehemenz mindestens drei Dinge bemerkenswert:

- Erstens stehen sie in ihrer Kompromisslosigkeit im Widerspruch zu allen Positionspapieren nationaler und

internationaler Bibliotheksverbände zur Informationsfreiheit wie »Ethische Grundsätze von Bibliothek und Information Deutschland (BID)« oder »IFLA Code of Ethics for Librarians and other Information Workers« sowie der daraus abgeleiteten (bisherigen) bibliothekarischen Praxis in der Formulierung von Bestands- und Dienstleistungsprofilen.

- In den diversen Einlassungen war zweitens ausschließlich von Online-Quellen die Rede: Inwiefern der klassische Bestandsaufbau Öffentlicher Bibliotheken berührt sein könnte (die Diskussion fand immerhin in einer ÖB-Diskussionsliste statt), wurde erstaunlicherweise erst gar nicht diskutiert.
- Und drittens war in nicht wenigen Diskussionsbeiträgen die implizite Forderung enthalten, dass Bibliotheken als öffentliche Einrichtungen gewissermaßen eine auch dienstrechtlich relevante Verpflichtung hätten, in einer Pandemie – verstanden als nationaler Katastrophenfall – die offizielle Regierungslinie zu vertreten und uneingeschränkt zu unterstützen. Auch dieser Aspekt wurde allenfalls in Ansätzen reflektiert.

Das ökonomische Argument

Das in maßgeblichen Positionspapieren der nationalen und internationalen Fachverbände formulierte Konzept der

Informationsfreiheit fußt im Kern auf einer analog konstituierten Öffentlichkeit, die bislang einfach auf den Online-Bereich erweitert wurde. Es galt das einfache Prinzip, dass Beschränkungen oder gar staatliche Verbote in beiden Sphären nicht hinnehmbar seien. Bibliotheken kam die Aufgabe zu, bei möglichen Ungleichgewichten etwa bei kostenpflichtigen Angeboten und Medien oder beschränkter Zugänglichkeit dafür zu sorgen, dass jede/-r ungehinderten Zugang zu den wesentlichen Informationen unterschiedlicher Provenienz erhalten kann, sollten sie eine gewisse Relevanz entfalten und nicht strafrechtlich relevant sein.

Dieses Konzept will ein Negativszenario verhindern, das im Wesentlichen durch zwei Umstände entstehen kann: Zum einen, dass der Staat (die jeweilige Regierung, dominierende Partei et cetera) oder andere mächtige Akteure die Informationsfreiheit durch Gesetze oder konkrete Maßnahmen beschränken oder aufheben. Zum anderen der Umstand, dass jede mediale Kommunikation stets auch Kosten verursacht, mithin eine ökonomische Dimension hat, konkret: durch Marktpreise beeinflusst und reguliert wird.

Trotz versteckter Kosten ist der Zugang zum Web mittlerweile keine grundsätzliche soziale oder ökonomische Frage mehr – und zwar weder für die Nutzerinnen und Nutzer noch für die Content-Anbieter/-innen. Diese Feststellung mag banal erscheinen, hat aber für das bibliothekarische Konzept der Informationsfreiheit weitreichende Konsequenzen. An einem konkreten Beispiel vor dem Hintergrund der Pandemie

ANZEIGE

QURIA® das LMS für die moderne Bibliothek

- **QURIA ist neu:** entwickelt für die Herausforderungen der digitalen Öffentlichen Bibliothek.
- **QURIA ist (zukunfts-)sicher:** von Axiell – dem europäischen Marktführer mit 35 Jahren LMS-Erfahrung.
- **QURIA ist global UND lokal:** aus der Cloud, jetzt schon live in Deutschland, der Schweiz, Schweden und Norwegen...
- **QURIA macht Spass:** 100% responsiv! Das LMS in der Hosentasche, im Home-Office, in der OpenLibrary...

Wetten, dass Ihr LMS dagegen alt aussieht? Stellen Sie uns auf die Probe!

Lesen Sie mehr unter www.axiell.com/de

axiell

aufgezäumt: Warum muss eine Bibliothek noch »impfkritische« Literatur im Bestand haben, wenn entsprechende Informationen im Netz faktisch frei zur Verfügung stehen?

Um auch hier naheliegenden Einwänden vorzubeugen: Dezierte Titel mit entsprechender Ausrichtung gibt es tatsächlich nicht viele in unseren Beständen. Aber es gibt durchaus Bestandssegmente wie Ratgeber für werdende und junge Eltern sowie den gesamten Bereich der sogenannten »sanften« Medizin, in denen das Konzept der Immunisierung durch Impfung infrage gestellt, sogar mit Eifer bekämpft, mitunter die Existenz viraler Erkrankungen wie HIV/Aids komplett geleugnet wird bis hin zu verschwörungstheoretischen »Enthüllungen« über das Ränkespiel von Pharmaindustrie und den »mächtigen Eliten«.

Die Gefahr, dass staatliche und politische Akteure die Informationsfreiheit auch und gerade im Web aushebeln, ist ein unbestreitbares Faktum. Dazu reicht ein Blick in die Türkei, Iran, viele afrikanische Staaten, nach Russland, China oder Myanmar. Ein national begrenztes Internet, die Sperrung oder Kontrolle des Web sind ernste Gefahren. Es geht hier aber nicht darum, Websites und Postings zu sperren oder ihre Absender zu belangen, selbst wenn sie kompletten Unfug in die Welt setzen, sofern dieser nicht das Strafrecht oder den Jugendschutz berührt.

Aufklärung – Informationsfreiheit – Eigenverantwortung

Worüber sich unsere Profession allerdings ernsthaft und grundlegend Gedanken machen muss – und zwar schon bei konventioneller Literatur – ist folgender Umstand: Wir konstatieren eine Entwicklung, in der sich Verschwörungstheorien, Volksverhetzung und Pseudowissenschaft mischen, die Grenzen zwischen vermeintlich »sanften« und gewaltbereiten Akteuren ebenso verschwimmen wie zwischen empirisch fundierter Naturheilkunde und jenen esoterischen Disziplinen, die wie die Homöopathie nicht die mindeste wissenschaftliche Geltung beanspruchen können.

Dass entsprechende Inhalte in unseren Beständen nach wie vor zu finden sind, haben wir stets als Abbildung des Nachfrageverhaltens unserer Kundschaft und damit mittelbar als Meinungsvielfalt in einer pluralen und heterogenen Gesellschaft gerechtfertigt. Dass möglicherweise problematische Konsequenzen aus der Rezeption solcher Medien erwachsen können, wurde stets mit dem Verweis auf die individuelle Eigenverantwortung bemängelt.

Nun wird aber klar, dass das Konzept »Eigenverantwortung« in einer Pandemie nur bedingt tauglich ist und bestimmte Medien und ihre Inhalte höchst problematisch sind – mithin ganz konkret und massiv Gesundheit und Leben vieler Menschen gefährden. Und klar wird zudem, dass die bisherige Begründung, solche Literatur müsse im Bestand stehen, weil Bibliotheken das gesamte Meinungsspektrum abzudecken hätten, nicht mehr greift, weil das ökonomische Argument (und zwar nicht erst seit Corona) wegfällt: Wer über einen Internetzugang verfügt, kann sich entsprechende Informationen leicht beschaffen und sich zudem noch mit Gleichgesinnten vernetzen. Und wer solche Inhalte verbreiten will, benötigt dazu keine teure Aufbereitung und schon gar keinen Verlag oder Buchhandel mehr, sondern kann seine Einlassungen, Behauptungen und

Michael Reisser, Diplom-Bibliothekar (FH), 1991 ÖB-Examen in Stuttgart, danach tätig an der UB Konstanz, ab 1995 BuB-Redakteur, später BIB-Geschäftsführer, Mitglied in Vorstand und Ethikkommission des Dachverbandes BID, ab 2014 verschiedene Aufgaben in den Bereichen baden-württembergische Landespolitik und Unternehmenskommunikation (unter anderem BUND, Landtag, Landesarchitektenkammer, zuletzt bei Gaus Architekten Göppingen). Seit Februar 2020 Leiter der Stadtteilbibliothek Stuttgart-Bad Cannstatt, zudem langjähriger Rezensent im Besprechungsdienst (Politik, Recht, Philosophie), seit April 2020 mit anderen Kolleginnen und Kollegen der Stadtbibliothek Stuttgart tageweise im Schichtdienst der kommunalen Corona-Hotline. – Kontakt: michael.reisser@stuttgart.de



Pamphlete mit minimalem Aufwand und großer Reichweite in unterschiedlichsten Medienformaten ins Netz stellen.

Einige Fragen – und ein Plädoyer zur Selbstvergewisserung

Wollen wir dieser bedenklichen, demokratiegefährdenden Entwicklung valide, verlässliche, aktuelle und wissenschaftlich fundierte Angebote im Bestand und in unserer Veranstaltungsarbeit entgegenstellen? Und würde dieses »Entgegenstellen« in der Konsequenz miteinschließen, dass wir bestimmte Inhalte und Informationen bewusst nicht mehr anbieten, weil sie andernorts (meint: im Netz oder auf der nächsten Querdenker-Demo) sowieso umfänglicher und leichter verfügbar sind?

Oder bleiben wir bei unserem entschiedenen »Sowohl als auch«: In vermeintlich sicheren Zeiten nicht so streng, weil es da keine (oder zumindest keine sichtbaren) Konsequenzen hat? Und wenn sich die Intensivstationen füllen, stellen wir uns kompromisslos in den Dienst der Regierung und der Wissenschaft und betreiben eine entsprechend selektive Informationsvermittlung?

Und was ist mit anderen unwissenschaftlichen Inhalten? Wenn wir esoterische Konzepte wie die Homöopathie aus unseren Beständen verbannen würden, müssten wir das nicht auch mit Büchern wie etwa von Thilo Sarrazin tun, dessen rassen-genetische Thesen sich auf einem ähnlichen Niveau fehlender Wissenschaftlichkeit und Empirie bewegen?

Wie halten wir es also ganz grundsätzlich mit der Philosophie der Aufklärung? Hier ist ein intensiver Klärungsprozess, zumindest aber eine tiefer gehende Selbstvergewisserung notwendig, die das Wechselverhältnis von Aufklärung, Informationsfreiheit und Eigenverantwortung auslotet und gegebenenfalls einschlägige Positionspapiere entsprechend erweitert oder präzisiert.